

Anlage 2 zum Berliner Vertrag:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des oben genannten Vertrages (der „Vertrag“) nehme ich als Beschäftigter der Hochschule im Sinne von § 42 Nr. 2 Arbeitnehmererfindungsgesetz („ArbnEG“) an der Durchführung der vertraglich vereinbarten Arbeiten („Forschungsprojekt“) teil. Der Vertrag enthält eine Reihe von Regelungen, die auch meine Beteiligung an dem Forschungsprojekt betreffen und die eine gesonderte Vereinbarung mit Ihnen erfordern. Dementsprechend vereinbaren wir was folgt:

1.

Meine Rechte an von mir vor Beginn des Forschungsprojektes gemachten Erfindungen und an den darauf angemeldeten oder erteilten Schutzrechten („Altschutzrechte“) bleiben hiervon unberührt. An meinen Altschutzrechten, die für die Durchführung des Forschungsprojektes erforderlich sind, räume ich der Hochschule und dem Industriepartner ein auf die Dauer des Forschungsprojektes begrenztes, unentgeltliches und nicht-ausschließliches Nutzungsrecht ein. Soweit und sobald solche Altschutzrechte, insbesondere freie Erfindungen, für die Nutzung der Ergebnisse des Forschungsprojektes („Forschungsergebnisse“) erforderlich sind und keine entgegenstehenden Rechte Dritter bestehen, räume ich dem Industriepartner an diesen Rechten eine nicht-ausschließliche Lizenz zu marktüblichen Bedingungen ein. Für Altschutzrechte, die für die Nutzung schutzrechtsfähiger Forschungsergebnisse, bei denen der Erfindungsanteil der Beschäftigten der Hochschule mehr als 50 Prozent beträgt („Hochschul-Ergebnisse“), erforderlich sind, gilt dies nur nach Ausübung einer dem Industriepartner zustehenden Option zur Lizenzierung der Hochschul-Ergebnisse. Dieselben Regelungen gelten für das von mir vor Beginn des Forschungsprojektes erarbeitete Know-how sowie für bestehende Urheberrechte.

2.

Ich verpflichte mich gegenüber dem Industriepartner, der Hochschule alle Dienstserfindungen im Rahmen des Forschungsprojektes nach § 5 ArbnEG zu melden und der Hochschule meinen Erfinderanteil zu benennen. In diesem Zusammenhang verzichte ich gegenüber dem Industriepartner auf die Geltendmachung meines negativen Publikationsrechtes aus § 42 Nr. 2 ArbnEG.

3.

Hiermit übertrage ich dem Industriepartner im Voraus sämtliche meiner Rechte an künftig entstehenden Forschungsergebnissen, sofern es sich um nicht schutzrechtsfähige Forschungsergebnisse, freie oder frei werdende Erfindungen handelt. Davon ausgenommen sind nicht schutzrechtsfähige Hochschul-Ergebnisse, die sich auf

Erfindungen beziehen. Die Rechte an letzteren übertrage ich dem Industriepartner zum Zeitpunkt der Ausübung der ihm zustehenden Option zur Lizenzierung der Hochschul-Ergebnisse.

4.

Ich werde den nach dem Vertrag jeweils berechtigten Vertragspartner bei der Erwirkung von Neuschutzrechten unterstützen, insbesondere alle erforderlichen Erklärungen zeitgerecht und sachlich richtig abgeben. Ich werde daneben alles unterlassen, was für die Erteilung und Aufrechterhaltung von Neuschutzrechten schädlich sein könnte.

5.

An auf Gemeinschaftsergebnissen und Hochschul-Ergebnissen nach Optionsausübung entsprechend Ziff. 3.2.3 des Vertrages bezogenen Urheberrechten räume ich dem Industriepartner ein ausschließliches, übertragbares, zeitlich, örtlich und inhaltlich unbegrenztes Nutzungsrecht für alle Nutzungsarten ein.

6.

Mir verbleibt ein nicht-ausschließliches, nicht-übertragbares Recht zur Nutzung der Forschungsergebnisse für meine Forschungs- und Lehrtätigkeit. Unberührt hiervon bleiben die vertraglichen Regelungen zur Geheimhaltung der Forschungsergebnisse. Ferner verpflichte ich mich, die Forschungsergebnisse im Rahmen der Forschung für oder mit Dritten nur nach schriftlicher Zustimmung von dem Industriepartner zu verwenden. [Option: Der Industriepartner sichert Ihnen zu, daß er diese Zustimmung nicht unbillig verweigern wird]. Diese Beschränkung gilt nicht für meine Altschutzrechte, für vor Beginn des Forschungsprojektes erarbeitetes Know-how, für entstandene Urheberrechte und für nicht der Geheimhaltung unterliegende Gegenstände.

7.

Der Vertrag enthält auch Regeln über die Geheimhaltung der Forschungsergebnisse und von technischen Kenntnissen und Informationen, die den beteiligten Wissenschaftlern im Rahmen des Forschungsprojektes von dem Industriepartner unmittelbar oder mittelbar zugänglich gemacht werden. Ich verpflichte mich daher, [...] [industriespezifische Geheimhaltungsklauseln]

8.

Ich verpflichte mich gegenüber dem Industriepartner, Forschungsergebnisse nicht ohne schriftliche Zustimmung des Industriepartners zu veröffentlichen oder anderweitig Dritten – auch im Vorverfahren einer Veröffentlichung – zu offenbaren, solange die Forschungsergebnisse der Geheimhaltung unterliegen. Ich werde dem Industriepartner das Manuskript, das zum Druck oder zur mündlichen Veröffentlichung vorgesehen ist („Veröffentlichung“) mindestens sechzig (60) Tage vor der Weitergabe des Manuskriptes an Dritte oder dem Vortrag zur Prüfung vorlegen. Wenn der Industriepartner binnen

fünfundvierzig (45) Tagen nach Eingang des Manuskriptes mitteilt, dass die Veröffentlichung Geheimhaltungsinteressen berührt, werde ich dafür Sorge tragen, dass die Veröffentlichung unterbleibt oder die aus Sicht des Industriepartners geheimhaltungsbedürftigen Informationen gestrichen werden. Äußert sich der Industriepartner innerhalb der fünfundvierzig (45) Tage nicht, so gilt die Zustimmung zur Veröffentlichung als erteilt. Bei einer geplanten Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die aus Sicht des Industriepartners schutzrechtsfähig sind, wird der Industriepartner die Zustimmung nach Ablauf einer Frist von zwölf (12) Monaten ab Einreichung einer Schutzrechtsanmeldung nicht mehr verweigern.

9.

Diese Vereinbarung wird für die Dauer meiner Mitwirkung an dem Forschungsprojekt abgeschlossen. Die Geheimhaltungspflicht und die Verpflichtung zur Vorlage von Manuskripten enden [...] Jahre (z. B. fünf Jahre) nach Beendigung meiner Mitwirkung an dem Forschungsprojekt. Die sich auf Erfindungen im Rahmen dieser Vereinbarung beziehenden Regelungen enden mit dem Ablauf des längstlebenden aus dem Forschungsprojekt resultierenden Schutzrechtes.

10.

Sollte eine der Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder nichtig sein oder werden, wird die Vereinbarung im übrigen hiervon nicht berührt. Derartige Bestimmungen werden wir durch solche neue, gültige Bestimmungen ersetzen, die dem Vertragszweck am ehesten entsprechen.

Bitte unterzeichnen Sie zum Zeichen Ihres Einverständnisses mit dieser Vereinbarung die beigegefügte Zweitschrift dieses Schreibens und senden Sie sie an mich zurück.

(Schlussformeln)